

**Fragile Bankensysteme -
Trends und Auslöser bei den Krisen
Insbesondere am Beispiel der türkischen Bankenkrise**

Prof. Dr. Ali Sait YÜKSEL* - Dr. Asli YÜKSEL♦

1. Bankenkrise im allgemeinen

Mit dem Begriff „Bankenkrise“ soll nicht Zahlungsschwierigkeiten oder Konkurse einzelner Banken gemeint sein. Wenn der Terminus im Sinne sog. „systemischer Bankenkrise“ verwendet wird, ist darunter zu verstehen, daß eine Reihe heimischer Banken oder eine ganze Bankengruppe mehr oder weniger gleichzeitig betroffen ist und daß diese Krisen wesentliche gesamtwirtschaftliche Kosten verursachen.

Aufgrund der Schlüsselrolle dieser Institutionen in der Wirtschaft registrieren die Banken in einer freien Marktwirtschaft fast wie ein „Seismograph“ jede Veränderung und Erschütterung in ihrem wirtschaftlichen und politischen Umwelt. Wenn Kredite nicht vollständig zurückgezahlt werden, werden ihre Aktive komprimiert. Infolge der Einlagenabzüge des Publikums oder der Kreditkündigungen insbesondere ausländischer Gläubiger werden ihre Passive reduziert. Die in fremder Währung lautende Forderungen und Schulden der Banken unterliegen somit dem Risiko spürbarer Änderungen des Umtauschkurses. Als Folge einer gesamten Wirtschaftskrise können den Banken die Haltung ausreichender liquidisierbaren Reserven unmöglich erscheinen.

Auch wenn die Reaktion des Publikums nicht überall das Gleiche ist, erscheint dabei vor allem das Vertrauen des Publikums in das heimische Bankensysteme eine überaus bedeutsame Rolle zu spielen. In der kritische Episode kann bei partiellen Abzügen von Einlagen der Bevölkerung bei einigen wenigen besonders betroffenen Banken bleiben, wie es etwa bei der türkische Bankenkrise von 2001 der Fall war. Die Liquidationsschwierigkeiten einzelner Banken kann aber auch bald eine allgemeine Vertrauenskrise und landesweiten „Run“ auf heimische Geschäftsbanken auslösen, wie es während der deutschen Bankenkrise 1931, der US-amerikanischen Bankenkrise 1932/33, der indonesischen, koreanischen 1997¹ und z.T. auch argentinischen Bankenkrise 2001 erlebt wurde.

2. Krisenverursachende Rahmenbedingungen

Die für die Banken, Bankenaufsicht sowie Zentralbank und Regierung aufgestellten Rahmenbedingungen sind in den verschiedenen Länder unterschiedlich. Die Funktionsfähigkeit und Solidität eines Bankensystems hängt in erster Linien von der Qualität der strukturellen Rahmenbedingungen ab.

* Lehrbeauftragte an der Uni Konstanz

♦ Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Marmara in Istanbul

¹ Wenn man einige weniger bedeutende Krisen unberücksichtigt läßt, so lassen sich seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems weltweit mindestens 80 Bankenkrise identifizieren. (Schmidt, Paul-Günther; Ursachen systemischer Bankenkrise: Erklärungsversuche, empirische Evidenz und wirtschaftliche Konsequenzen, S. 241; in Anlehnung an Frydl (1999); in: ORDO Jahrbuch für die Ordnung und Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 52, Stuttgart, 2000)

In diesem Zusammenhang wird die besondere Bedeutung einer strengen und konsequenten nationalen Bankenaufsicht im allgemeinen betont. Spaltungen in der Kompetenz zwischen der Zentralbank und Regierung können eine wirksame Überwachung des Bankensystems erschweren. Die lockere und wenig konsequente Bankenaufsicht einer Entwicklung Vorschub leisten, bei der die Kreditinstituten sich in Zeiten hohen realen Wirtschaftswachstums und optimistischen Prognosen dazu verleiten lassen, zu viele Kredite mit immer größer werdenden Risiken bei immer weniger Eigenkapitaldeckung auszureichen (*Schmidt, S. 248, in Anlehnung an Krugman {1998}*).

- Kreditinflation tendiert zur Kreditdeflation, wobei die Finanzmärkte so z.B. bei der Südasiens Wirtschaftskrise mit ihrem anhaltenden Enthusiasmus für aufstrebende Märkte den Trend noch zusätzlich förderten. Die Überkapazitäten, die in den Zeiten eines scheinbar unbegrenzten Kapitalzuflusses geschaffen wurden, stellte damals für die Südasiens eine ordnungspolitisch besonders anspruchsvolle Herausforderung dar.² Auch die türkische Krise bestätigt, daß Bestandsgarantien der Regierung für das nationale Bankensystem, unzureichende Kontrolle des Bankmanagements und intensiver Wettbewerb der Banken „moral hazard“ seitens der Banken fördern, daß die Bankbilanzen durch Ballungen exzessive Risiken und notleidender Kredite belastet werden. Die derartige offiziellen Anreize wie impliziten staatlichen Garantien läßt für die unkontrollierten Banken den Tor öffnen, übermäßig riskante Investitionen einzugehen.
- Bestechlichkeit oder die schlechte Ausbildung des Bankmanagements, was in vielen Entwicklungsländern der Fall ist, stellt ein weiterer Grund für ein unsolides Liquiditäts- und Risikomanagements dar. Auch die politische Instabilität, Klientismus und Populismus erschwert eine ausreichende Bankenaufsicht in vielen Ländern.
- Auch der Aufbau einer kurzfristigen Fremdwährungsverschuldung bei unzureichenden Devisenreserven löst insbesondere bei den ausländischen Gläubigern eine Vertrauenskrise aus, was besonders das Finanzsystem des Landes sehr fragibler macht. Davon sind insbesondere diejenige Banken betroffen, die den Großteil der kurzfristigen, meist variabel verzinslichen Devisenkredite des Auslandes in langfristige, heimischer Währung lautende typische festverzinsliche Kredite für die heimischen Schuldner transformieren. Dadurch kann der Wechselkurs der einheimischen Währung unter dem immer mehr spürbaren Abwertungsdruck geraten. Weitere Folge davon ist, daß auch das inländische Bankensystem und Unternehmen in Liquidationsschwierigkeiten geraten, was dann plötzlich bedrohliche Ausmaße annehmen kann.
- Auch die weitreichenden staatlichen Interventionen auf das Geschäftspolitik der heimischen Banken verursachen dem heimischen Finanzsektor besondere Probleme. So kann sich etwa die staatliche Kontrolle praktisch die Banken verpflichten, einen Großteil der Aktiva in Staatsverschreibungen zu halten, die für die eigenständige Geschäftspolitik der Banken nur für einen kleinen Teil ihrer Bilanzsumme zulassen. Diese Politik wurde nicht nur in der Türkei, sondern auch in vielen Staaten Lateinamerikas, in Israel oder Island betrieben (*Schmidt, 249*). Regierungen solcher Länder tendieren ferner dazu, daß die heimischen Geschäftsbanken als bequemen Finanzier der chronischen Defizite öffentlicher Betriebe eingespannt werden. Das System kann vorsehen, daß die Staatsbetriebe oder die Betriebe der Stadtverwaltungen faktisch unbegrenzte Ziehungsmöglichkeiten oder Regierungsbürgschaften zur Verfügung haben.
- Als Paradox erscheint zwar die Feststellung, daß auch die rasche und von der Regierung unzureichend vorbereitete Liberalisierung und Deregulierung des Finanzmarktes zu dem Ausbruch von Bankenkrise führen können. Die Wechselkursrisiken sowie die weitere Risiken einer forcierten Liberalisierung des Finanzsektors können sofort an Bedeutung gewinnen. Dies stellt insbesondere in den Ländern eine besondere Gefahr dar, wo die

² **Schöttli**, Urs; Mühsames Lernen aus Südasiens Wirtschaftskrise, NZZ, 5.12.98

Banken nicht gewöhnt sind, mit den Bankenrisiken umzugehen, wie bei den Episoden in Lateinamerika. In Skandinavien und in den Transformationsländern oder Südostasien beobachtet wurde.

3. Wichtigste Frühindikatoren einer Bankenkrise

Folgende Faktoren gelten als mögliche wichtigste *interne Auslöser* einer Bankenkrise:

Ⓢ *Starker Rückgang des realen Wirtschaftswachstum:* Tiefe Rezessionen mit Einkommens- und Vermögensverluste bei den Betrieben und Haushalten haben einen Anstieg von Konkursen und Kreditausfällen zur Folge. Diese Entwicklung kann dann Kettenreaktionen im Finanzsektor auslösen (*Schmidt*, 252 in Anlehnung an *Demirgüç-Kunt* (1998) sowie *Detragiache* {2000}).

Ⓢ *Starke Schwankungen der Inflationsrate:* Insbesondere in einigen hochinflationierenden Ländern (vor allem in Lateinamerika) trägt zur Fragilität des Bankensystems bei und erschwert das Risikomanagement der Banken wesentlich.

Ⓢ *Starker kurzfristiger Anstieg der realen Zinsen:* Eine längere Phase ziemlich erhöhter Realzinsen geht meistens Bankenkrise voraus. Die Realzinsen sind während einer Bankenkrise vergleichsweise hoch. Auch wenn die Zinsen im allgemeinen nicht als Auslöser der Bankenkrise gelten, spielen jedoch abrupte Zinserhöhungen der Zentralbank in bestimmten Episoden eine strategische Rolle (*Schmidt*, S. 253 in Anlehnung an *Kaminsky* und *Reinhardt* 1999)..

Ⓢ *Der zunächst starken Anstieg und spätere rapider Rückgang des Kreditvolumenwachstums:* Die über mehrere Jahre andauernden Boomphasen der Bankenkreditvergabe zieht automatisch eine zunehmende Belastung der Bankbilanzen mit immer schlechteren Risiken nach sich. Die Folge davon ist, daß diese Risikoballungen bei einem starkem Rückgang des Wirtschaftswachstums und einem plötzlichen Umschlagen der Optimismus über die Wirtschaft zu einen starken Anstieg von Firmenkonkursen führen.

Ⓢ *Einbruch der Preise von finanziellen Vermögensaktiva:* Bei fragilen Finanzmärkten wird beobachtet, daß Aktien- und Anleihenurse bereits zwei bis drei Quartale vor dem Ausbruch einer Bankenkrise einbrechen. Der Rückgang der Kurse sowie ein Einbruch der Immobilienpreise, die ohnehin spekulativ gebläht waren, reduzierten nicht nur das Aktivvermögen der Banken insbesondere in Ländern, in denen solche Aktiva im Eigenbesitz der Banken in den Bilanzen eine besondere Bedeutung erreichten. Auch der Wert der Sicherheiten leiden darunter (*Schmidt*, 253).

Ⓢ *Die aus dem Ausland importierten externen Schocks:* Die nicht nur „hausgemachten“ Instabilitäten, sondern auch die externen Schocks, die sich hauptsächlich in der Art von *Veränderungen der Terms of Trade*, realer *Abwertungen* des Wechselkurses sowie der kurzfristigen Zu- und *Abflüssen ausländischen Kapitals* ausdrücken, führen zu Bankenkrise.

Drastische Änderungen der Import- und Exportpreise im Außenhandel belasten die Gewinne der Unternehmen und somit erschweren die Rückzahlung der von ihnen aufgenommenen Bankkrediten.

Auch drastische Abwertungen der Inlandswährung lösen die massiven Einlagenabzügen internationaler Kapitalanleger und Kreditkündigungen ausländischer Gläubigerbanken aus. Infolgedessen können inländische Schuldner und Banken rasch in Liquiditätsschwierigkeiten

geraten. Eine unerwartete Abwertung kann binnen weniger Wochen das Bankensystem lahmlegen, wenn Banken und ein großer Teil der Bankschuldner im Vertrauen auf stabile Wechselkurse die Maßnahmen zu vernachlässigen, offene *Fremdwährungspositionen* abzusichern. Wenn zusätzlich noch auch die Zentralbank zur Dämpfung des Kurssturzes der inländischen Währung die Zinsen erhöhen, werden dadurch die rezessiven Tendenzen des Landes verstärkt. Die Bereinigungskosten systemischer Banken Krisen sind überproportional hoch, wenn die Probleme des Systems von einer Wechselkursrisiko begleitet werden.

® Auch die *spekulativen Attacken globalisierten internationalen Kapitals gegen einzelne schwache Währungen* vergrößern die Wechselkursrisiken außerordentlich rasch. Abwertungen waren „gemeinhin keine Zufallsprodukte wankelmütiger Spekulanten, die völlig losgelöst von den Fundamentalfaktoren agierten, sondern daß sich bereits im Vorfeld häufig recht deutlich makroökonomische Schief lagen abzeichneten“ (Schnatz 1998, S. 52; Schmidt, 255). Bei solchen Wechselkursrisiken gehen in meisten Krisenländern übermäßige reale Aufwertungen des Wechselkurses, hohe kurzfristige Außenschulden, niedrige Währungsreserven, hohe Leistungsbilanzdefizite und exzessive Kreditbooms voraus (Schmidt, 255; Frankel und Rose 1996). Die gestiegene Volatilität der internationalen Kapitalbewegungen können schnell in einen *Herdenverhalten* umwandeln und auch die Auslandsbanken in der Art Massenflucht in kürzester Zeit ihre hochmobilen kurzfristigen internationalen Kredite kündigen, was auch bei der japanischen Bankenkrise erlebt wurde.

Es ist ferner nicht wegzudenken, daß die neuen Informationssysteme sprunghaft steigende Mengenumsätze und starke Veränderungen von Assetpreisen in kürzester Zeit auslösen und daß sich neue Informationen allzuschnell und unter wesentlich mehr Akteuren verbreiten. Sie tragen zur Ausbreitung von Finanzkrisen, und zwar nicht nur in den Finanzmärkten mit ähnlichen Rahmenbedingungen, sondern auf allen Ländern der Welt bei und somit schaffen die Interdependenzen zwischen den Finanzmärkten.

4. Die türkische Bankenkrise 2001

Die türkische Wirtschaft hat am Ende Februar des letzten Jahres ein schreckliches „Beben“ erlebt, der beinahe das peinliche Erdbeben des Jahres 2001 in der Türkei übertroffen hätte. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise auf das ganze Land ist zwar infolge der mächtigen Unterstützung der Internationalen Währungsfonds ziemlich gebremst. Die ersten Erfolge zur Überwindung wird vielleicht ab Mitte dieses Jahres zu verzeichnen sein; vorausgesetzt, daß das Stabilisierungsprogramm unter der Kontrolle des IMF ununterbrochen weitergeführt werden. „Auch die internationalen Finanzinstitutionen würdigten die Anstrengungen Ankaras; der IMF-Generaldirektor Köhler sprach von einer „korrekten Politik“, was als Rechtfertigung eines Engagements des Währungsfonds betrachtet werden kann. Unter verschiedenen Titeln hat die Türkei bereits eine Finanzhilfe von 19 Milliarden Dollar erhalten; über einen Kredit von 10 Milliarden Dollar wird noch verhandelt.“³

Oberflächlicher Grund dieser Krise war ein „lauter“ Streit zwischen dem Staatsoberhaupt und des Ministerpräsidenten auf ein halb-militärisches Gremium, sog. Sicherheitsrates gewesen, wo von Zeit zu Zeit bestimmte Ministern mit den Obersten des Militärs zusammen trafen und „beratende Beschlüsse“ fassen. Daraufhin hat die sog. „heiße Devisen“ vom Ausland sofort das Land verlassen und wieder nach Ausland zurückgeflossen. Tiefere Gründe der Krise waren jedoch eine Zeitbombe, die nicht nur infolge der Außenverschuldung des Landes, sondern aufgrund von kaum mehr zurück zahlbaren Binnenschuldbergen seit Jahrzehnten Zug um Zug zusammenballten.

³ R. St.; Erfolgreicher Besuch Ecevit in Washington, NZZ 18.1.02.

4.1. Kontraste Bilder aus dem Krisenfeld

Die türkischen Außen- und Binnenschulden haben so einen Umfang erreicht, daß sie ohne Devisenzufluß vom Ausland kaum bedient werden konnten.

- Insbesondere der Binnenschuldmechanismus konnte nur durch den Zufluß von sog. „heißen Devisen“ des Auslandes weiter gerollt werden. Die Banken suchten im Ausland Devisenkrediten. Diese Devisen wurden dann an die Zentralbank verkauft. Der Gegenwert dieser Devisen in Türkisches Pfund wurden in Schatztiteln des Staates mit hohen Zinsrenditen investiert. Wohl bemerkt, die sämtlichen Kursrisiko dieses Umtausches lagen völlig auf den Schultern der Banken. Wenn also so eine Devaluation wie bei der letzten Wirtschaftskrise in der Türkei an der Tür steht, wären dann die Banken mittellos erlappt.

Somit hatte der Staat die Möglichkeit, seine getilgten Binnenschulden zurückzuzahlen. Die Wirtschaftskrise des Ende Februars in der Türkei blockierte dann das Weiterrollen des Mechanismus, da der Staat nicht mehr imstande war, seine Wertpapiere weder an Banken noch an den Investoren weiterzuverkaufen.

- Andererseits erreichte die sog. „Aufgabenverluste“ von Staatsbanken an eine Grenze, daß diese Banken ohne staatlichen immense Subventionen nicht einmal ihre täglichen Bankgeschäfte durchzuführen vermochten. So etwa betrug die „Aufgabenverluste“ der TCZB (Agrarbank) und Halkbank (die hauptsächlich an Kleingewerbebetriebende Kredite gewährt) nach dem Bericht des internationalen Ratingscompany J.P. Morgans 14 Milliarden US\$. Diese sog. „Aufgabenverluste“ bestehen nämlich aus den nicht zu zurückzuholenden Krediten oder aus den unter Bankkosten gewährten verbilligten Krediten an Begünstigten von Politikern.
- Es sollten täglich Milliarden US\$ für die Staatsbanken versorgt werden. Nach den Zahlen der Zentralbank (per 15.5.01 nach der Krise) betrug der *tägliche Bedarf* von Staats- und sog. „Fondsbanken“ ca. 2,1 Milliarden US\$ gewesen. Dieser Bedarf soll bis Ende Mai auf 700 Millionen US\$ herabgesetzt und bis Ende Juni völlig beseitigt werden. Mit anderen Worten, werden für diese Banken zum Zwecke der täglichen Bedarfsdeckung bis Ende Juni immer noch Schatztitel herausgegeben. Diese Schatztiteln werden dann der Zentralbank verkauft. Durch die schon erhaltenen IMF-Krediten wird diese Praxis noch bis Ende Juni durchgeführt.

Zum Zwecke der Bedarfsdeckung boten auch die Staatsbanken selbst andererseits die überdurchschnittlichen Zinserträge für Einlagen an. Ähnlich verfahren auch die privaten Banken. Wenn somit auf dem ganzen Bankenfeld die Einlagenzinsen auf eine untragbare Linie hochgezogen werden sollten, mußte das ganze System mit enormen Verlusten arbeiten. Es war auch in der Türkei der Fall gewesen.

- Gegen Ende des Jahres 1994 hatte die türkische Ministerpräsidentin infolge einer unnötigen Intervention in das System veranlaßt, daß die sämtlichen Bankeinlagen unter 100%ige Garantie des Staates stehen sollten. Dies war für gewisse Privatbanken guter Anlaß für zahlreichen Tricks und Mißbräuche zugunsten des Inhabers der Banken. Infolgedessen wurden bis jetzt insgesamt 18 private Banken unter der Leitung des sog. Staatlichen Garantiefonds genommen und auf die sog. „Fondsbank“ umgewandelt. Die Fondsbanken sind diejenige Banken, bei denen Gefahr für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber ihrer Gläubigern besteht bzw. unzureichende Liquidität

festgestellt werden, und deshalb wird die weitere Geschäftstätigkeit unter der 100%ger Garantie des Staates von dem Einlagenversicherungsfond durchgeführt, anstelle daß sie für den Verkehr mit ihrer Kundschaft geschlossen bleiben. Diese Fondsmittel werden nur zu einem kleinen Teil von den Prämien für die Einlagen von den Banken gesammelt und hauptsächlich von den Quellen der Zentralbank eingespeist. Auch dieser Last des Staates wurde allmählich untragbar.

Aus der folgenden Tabelle (Milliyet, 28.3.01) ist zu entnehmen, wieviel Krediten von Holdings- bzw. Bankinhabers zu den weiteren Companys gewährt worden sind, die auch nur als Scheingesellschaften da waren:

Banken	Die nur an die Gesellschaften des Bankinhabers gewährten Krediten	Andere Krediten	Krediten Insgesamt (Mio.US\$)
Bank Ekspres	350 Mio. US\$	134,5 Mio US\$	484,5
Bank Kapital ◀	167 Mio US\$	103,7 Mio.US\$	270,7
Egebank*	1,3 Mrd. US\$	111,3 Mio. US\$	1.411,3
Esbank	1,5 Mrd. US\$	148,6 Mio. US\$	1.648,6
Interbank**	1 Mrd. US\$	105 Mio. US\$	1.105
Sümerbank	450 Mio US\$	20 Mio.US\$	470
Yasarbank	1,1 Mrd. US\$	54,9 Mio. US\$	1.154,9
Yurtbank	650 Mio US\$	1,8 Mio. US\$	651,8
Türkbank	700 Mio. US\$	112,5 Mio.US\$	812,5
Insgesamt	7.217 Mio.US\$	692,3 Mio. US\$	7.909

- Inhaber: Murat Demirel; Neffe des früheren Staatspräsidenten ◀ Inhaber:Mahmut Ceylan; Vertraute von damaliger Ministerpräsidenten Demirel ** Inhaber: Cavit Caglar; Ex-Staatsminister zu der Zeit des Ministerpräsidenten Demirel

Die Devaluation von März 2001 nach der Wirtschaftskrise (ca. über 60% auf einmal)⁴, die z. T. auf falsche Rezepte der IMF zurückzuführen war, hat noch die weiteren Banken in die Ecke gezwungen. Auch diese Banken sollten im Grunde genommen entweder aufgelöst oder unter der Leitung von Fonds – wie die anderen 18 Banken – genommen werden. Der Staat war wieder vor einer Dilemma, weder die erste noch die zweite Möglichkeit in Griff zu nehmen.

Die Beobachtung bzw. die Feststellung, daß der türkische Staat für solche Banken kein Platz zur Auflösung oder Konkurs räumt, veranlaßte wieder einige hinterlistigen privaten Bankinhaber zu den noch tieferen und umfangreicheren Mißbräuche im System. Die verschlechternde Bilanzen wurden durch verschiedenen „Windowsgeschäfte“ verschleiert, sogar unter gewisser Toleranz der Kontrollorgane. So etwa werden ferner enorme Krediten an verschiedene Companys des Bankeninhabers gewährt und hohe Zinserträge auf diese nicht zurückholbare Krediten –auf dem Papier- berechnet und damit auch die Bilanzen verschönert. Im Rahmen dieser Täuschungsgeschäfte werden außerdem strukturelle Schwäche bestimmter privaten Banken durch „Zuführung“ neuer „Eigenkapital“ – allerdings nur auf dem Papier – verschleiert.

⁴ Es kann sogar von einer Abwertung von 118% gesprochen werden, indem man die Bevölkerungszahl 67 Mio. und Zentralbank Dollarverkaufspreis vom 25.12.2000 (675 004 Tpf.) und Dollarverkaufspreis am 21.12.2001 (1.477.739 Tpf.) zugrundelegt.

Wirtschaftsdelikte werden im Lande insbesondere seit der Zeit Özal fast als harmlos betrachtet, Özal meinte zu der Zeit, Wirtschaftsdelikte sollten also nur „wirtschaftlich“ –d.h. durch Geldstrafe – sanktioniert sein, auf keinen Fall mit Haftstrafe. Einige Bankeninhaber von dieser Kategorie befinden sich zwar z.Zt. in Haft. Da aber das entsprechende Wirtschaftsdelikt“kultur“ und auch Gesetzgebung im europäischen Sinne im Lande fehlt, wäre es für die Türkei nicht außergewöhnlich, wenn diese Beschuldigten in einigen Monaten wieder auf freiem Fuß gesetzt werden.

4.2. Kosten einer Reformierung des Bankenumfeldes in der Türkei

Nach dem Bericht des Ratingsinstituts J.P.Morgan sollen noch ca. 18,7 Mrd. US\$ zu den Rekonstruierungsprogramm des Bankwesens in der Türkei zur Verfügung gestellt werden, damit das Bankensystem in der Türkei einigermaßen wieder funktionsfähig wird. Diese setzt sich wie folgt zusammen:

Für sog. „Aufgabenverluste“ der TCZB (Agrarbank) und Halkbank	13,2 Mrd US\$.
Für die nicht mehr zurückholbaren Kredite der Staatsbanken	2,4 Mrd. US\$.
Für die strukturell schwachen Privaten Banken	3,1 Mrd. US\$.
Insgesamt	18,7 Mrd. US\$.

Es ist jedoch wohl zu bemerken, daß bis jetzt schon zu der Sanierung des türkischen Bankwesens 21 Mrd. US\$ zugeflossen wurde. Somit wird der Gesamtschaden des nur Bankenumfeldes in der Türkei nach der Wirtschaftskrise nach einer Einschätzung mit ca. 40 Mrd. US\$ berechnet, d.h. Mitte 2001 etwa 20 v.H. des Bruttosozialproduktes des Landes. Der Staat hat bis jetzt allein für die sog. „exprivaten“ „Fondsbanken“ 14 Mrd. US\$. zufließen lassen müssen.

Nach dem neuesten auf die Anregung von IMF zurückzuführendes Gesetz sollen auch den Banken, die zwar nicht unter der Verwaltung des staatlichen Garantiefonds stehen, aber zur Aufstockung des gesetzlichen Eigenkapitalprozentsatzes nicht imstande sind, werden in der Art staatlicher Anleihepapiere von 7 Jahren weitere fünf Milliarden Dollar zugeführt. Voraussetzungen hierfür sind, daß die Aktivawerte dieser Banken mindestens über die 1%ige Grenze hinausgehen und die Kapitalinhaber dieser Banken bereit sind, ihre Aktien in Höhe der Kreditbeträge dem Schatzamt als Pfand einzureichen. Damit wird auch das Tor weiterer Verstaatlichung frei gelassen. Fast ähnlich wurde verfahren, auch bei der Sanierung *japanisches Bankensystems*. Auch in Japan wurde ähnlich verfahren: Wenn festgestellt werden sollte, dass die Kapitalbasis des betreffenden Finanzinstituts zwar abgeschmolzen ist, aber noch nicht von einer Überschuldung gesprochen werden kann, kann der Einliegersicherungsfonds auf Ersuchen der Bank über den Erwerb von Vorzugsaktien die Kapitalbasis des Instituts stärken. Anders als bei der zweiten Rekapitalisierung im Jahre 1999 ist dies jetzt an den Rücktritt der bisherigen Geschäftsführung gekoppelt. Liegt demgegenüber eine Überschuldung der Bank vor, sind Finanzhilfen im Interesse des Einliegerschutzes oder – bei den führenden Geschäftsbanken – sogar eine vorübergehende Verstaatlichung vorgesehen. Der Staat kann in diesem Fall auch ohne Ersuchen des Instituts handeln.⁵

Die internationale Bank BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich/ BIS- Bank for International Settlement) führt ferner als weitere Krankheit des türkischen Bankwesens, daß der Marktanteil des 5 größten Banken des Landes nur 43% beträgt, während ähnliches Verhältnis bei den Industrieländern ca. bei 70% liegt. Dies ist gleichzeitig ein wesentlicher Punkt dafür, daß die ausländischen Direktinvestitionen im allgemeinen an den türkischen

⁵ A. G.; Japans Ringen um ein stabiles Bankensystem, NZZ, 10.01.02.

Markt keine rege Interesse aufweisen. Für das ausländische Kapital stellt nämlich der Intensitätsgrad eines Marktes ein wichtiger Anziehungsgrund dar. Wenn diese Intensität nicht so umfangreich ist, würde das für den ausländischen Investor einen wesentlich höheren Kosten bei dem Einschluß neuer Kundenkreise oder aber bei der Beibehaltung des schon gewonnener Kundenkreises bedeuten.

4.3. Zusätzliche Kosten der Panne bei der Bestrebungen der Infaltionsbremse

Im Rahmen der Bestrebungen der letzten zwei Jahren um das Zurückziehen des Inflationsrates im Lande waren schon die ersten Erfolge sogar ermutigend. Der Staat sollte im Jahre 1999 für seine neue Binnenschulden eine Verzinsung von 109% für Schatztiteln anbieten. Im darauf folgenden Jahre (im Jahre 2000) waren dagegen Zinsraten im Durchschnitt bis auf 38% gesunken. Man glaubte bald, daß doch die Binnenschulden einigermaßen tragbar zu werden beginnen. Nach der Wirtschaftskrise im März dieses Jahres ist jedoch die Verzinsung plötzlich wieder bis auf 198% gestiegen.

Der Deckungsbedarf des Staates für die Binnenschulden betrug etwa 45 Mrd. US\$. Zusammengerechnet belief somit mit der Sanierungskosten des Bankwesens in Höhe von ca. 20 Mrd. US\$, die Summe von Binnenschulden etwa 65 Mrd. US\$. insgesamt. Es ist jedoch zu vergleichen, daß die Gesamtbudgeteinnahmen des Staates ca. 40 Mrd. US\$ jährlich beträgt. Diese Wirtschaftskrise brachte weitere zusätzlichen Lasten auf den Schultern des Staates: Infolge der Wirtschaftskrise werden somit für die Staatspersonalkosten zusätzliche 3,6 US\$., als Folge der Kurserhöhung für die Verzinsung von Staatsschulden 8,4 Mrd. US\$ und für weitere staatlichen Ausgaben 3 Mrd. US\$., d.h. insgesamt noch 15 Mrd. US\$. benötigt. Auch das Budgetdefizit wird sich dadurch auf 17,2 Mrd. US\$ erhöhen, während dieser Defizit noch vor der Wirtschaftskrise 5,2 Mrd. US\$ belaufen sollte.

4.4. Panne bei dem sog. „Islam-Banking“ und ihre besondere Struktur- Probleme in der Türkei

Unter der Bankenkrise in der Türkei liden auch die sog. Islam-Banking, die in das türkische Finanzsystem erst im Jahre 1985 während der Ära von Özal eingeführt wurden. Bei der letzten Wirtschaftskrise in der Türkei mußte einer von den fünf „Sonderfinanzinstituten“ den Konkurs erklären. Wenn diese Instituten von den Prämienzahlungsverpflichtungen an den Einlagenversicherungsfond nicht ausgenommen worden wären, wäre auch diese Pleite auf den Schultern des Staates ausgeschüttet worden wie die anderen 18 auf den Fond übergegangenen „Fondsbanken“ der Türkei. Infolge dieser Pleite wurden auch einige bekannten Politiker einer religiösen Partei des Landes als Aktieninhaber unter dem Mitleid gezogen worden. Es waren etwa 1 Mrd. US\$-Einlagen bei den sog. Gewinn- und Verlustbeteiligungskonten von „Ihlas“. An dem Kapital des Ihlas-Finanzinstitut waren mit ca. 50% Ihlas-Holding, dessen Inhaber Enver Ören als Vertraute von Özal galt, 10% Islam-Entwicklungsbank von Saudi Arabien, 8% die religiöse halbstaatliche Stiftung und 35% die Bevölkerung über die Istanbuler Börse beteiligt.

Islam Banking wurde zum ersten Mal im Jahre 1963, finanziert durch das Königtum von Saudi Arabien, in Ägypten (Mit Ghamr) gegründet und der Bevölkerung so lanciert, daß es bei diesen Institutionen keine vom Islam verbotenen Zinszahlungen geben wird und eine Finanztätigkeit im Sinne von Islam ausgeübt werden solle. Diese Institutionen haben dann in Ägypten fast 30% und im nahen Osten ca. 10% der Einlagen des Landes angezogen. In den Golfstaaten hat Islam-Banking heute einen Marktanteil von etwa 20%. Später kamen mit der Dar Al-Maal Al-Islami (DMI), der Albaraka Banks and Companies und der Al-Rajhi Banking and Investment Corporation neue Banken hinzu. Es wird bemerkt, daß diese Banken, die vor 30 Jahren weltweit keine Bedeutung hatten, ein Geschäftsvolumen von über 20 Mrd. \$

ausweisen. Es sollen mehr als 100 Finanzinstituten von London bis hin nach Indonesien operieren.⁶ Aufgrund des Zinsverbots des Korans führen Islam-Banking nur „erinn- und Verlusttransaktionen“ durch, bei denen der Investor an den entsprechenden Gewinnen und Verlusten partizipiert, die der Geldnehmer generiert.

Als erstes sog. „Sonderfinanzinstitut“ wurde in der Türkei mit dem Kapital aus Saudi Arabien „Faisal“ gegründet, wobei besondere Leistung von dem Bruder Özal immer wieder betont wird. Im selben Jahr (1985) wurde ferner „Al Baraka“ und dann (im Jahre 1989) „Kuveyt“ mit arabischem Kapital gegründet. Darauf folgten die Gründungen weiterer zwei Finanzinstitute: „Anadolu“ (1991) und soeben in die Pleite gegangene „Ihlas“ (1995).

Das Beispiel von Islam-Banking ist auch im Westen nicht unnachgeahmt geblieben und wurden sogar z.T. mit Interesse verfolgt. So hat auch die Commerzbank in den vergangenen Jahren unter dem Namen „AlSukoor“ einen Investmentfonds gebildet, allerdings unter den in Deutschland üblichen gesetzlichen Regelungen. Dieser Fond zielte einen Titelverkauf für das Gründungsjahr bis zu 100 Mio. Euro ab. Ähnliche Alternative wurden für gutgläubige Moslems auch von den Banken wie UBS, Barclays sowie HSCB zur Welt gerufen. Auch Dow-Jones hat für solche „islamische“ Titel eine besondere Index geschaffen, was im ersten Jahr allerdings 26%-Zuwachs aufgewiesen hat.

Kurz vor der Wirtschaftskrise hatte Islam-Banking in der Türkei bei den Gesamteinlagen einen Anteil von 3% und bei der Kreditwirtschaft von 6%.

Diese Instituten in der Türkei sammeln ihre Einlagen (die allerdings nicht als Einlagen sondern Beteiligungskonten genannt wurden) in verschiedener Weise:

- unter den Namen „cari hesap“ (laufendes Konto): Für diese Konten werden den Inhabern der Einlagen weder Zinsen und noch weitere Gewinne oder Rendite bezahlt (So etwa Art.2/c vom Dekret 18256/19.12.1983 RG). Dadurch werden religiöse Gefühle des einfachen Volkes völlig mißbraucht. Die gutgläubigen Moslems bevorzugten dadurch ihre Vermögen, ohne jeglicher Zinsertrag oder Gewinnversprechung an die – evtl. vom „Gott“ bestellt lancierten - diesen Instituten anvertraut. Bei diesen „Cari Hesap“ vernachlässigte der Staat seine Aufgaben, im Rahmen einer modernen Gesetzgebung über den Konsumentenschutz zu intervenieren.

Der Anteil der Einlagen in dieser Kategorie erreichte je nach Institut vom 1/3 bis zur Hälfte der Gesamteinlagen dieser Instituten (So etwa bis 1995 betrug der Anteil von Cari Hesap-Einlagen beim Finanzinstitut „Al Baraka“ bis zu 45%, beim Finanzinstitut „Kuveyt“ 28%, beim Finanzinstitut „Faisal“ 30%, beim Finanzinstitut „Anadolu“ 8% der gesamten Einlagen des Instituts). Nachdem Kritik in diesem Zusammenhang von der laizistischen Seite des Landes immer lauter wurde, haben diese Instituten begonnen, in ihren Bilanzen dieser Teil der Einlagen nicht mehr getrennt aufzuweisen, selbstverständlich unter der Toleranz der Kontrollbehörden.

* Andere Art der Einlagen waren „Katilim Hesaplari“ (Beteiligungskonten): Bei diesem Konto werden Einlagen in einem Fond unter der Bedingung investiert, daß 80% des Ergebnisses der Investition –sei es als Gewinn, sei es als Verlust – unter den Investoren verteilt. 20% des Gewinnes bei jedem Geschäft(svermittlung) gehört als Bearbeitungsanteil dem Institut.

⁶ Perlit, Manfred; Internationales Management, 4. Aufl., UTB-Lucius 2000, S. 530.

4.4.1. Privilegien im System

Zu der Zeit von Özal wurden für die Gründung von sog. Islam-Banking besondere Privilegien im System geschaffen, die im Grunde genommen gegenüber der schon vorhandenen Bankwesen im Lande ein unerlaubter Wettbewerb darstellen durfte. So wurden diese „Finanzinstituten“ u.a. von verschiedenen Verpflichtungen des üblichen Bankwesens ausgenommen⁷:

- die sämtlichen Finanzgeschäfte dieser Institutionen sind von der Bank- und Versicherungsgeschäftssteuer ausgenommen und auch von der Verpflichtung, daß ein kleiner Teil der Zinserträge von Kreditgeschäften an den besonderen Fond, wo für die verbilligten Kredite des Staats Mittel geschaffen wird, abgezweigt werden.
- Diese Institutionen sind ferner von der Prämienzahlung für die Einlagen an den sog. Einlagenversicherungsfond befreit worden.
- Während die Banken als Mindestreserve bis zu 17% Ihrer Einlagen Guthaben auf Girokonto bei der Zentralbank unterhalten müssen, war Mindestreservenprozentsatz für diese Finanzinstituten für den sog. Beteiligungskonto nur 1% und bei laufenden Konto nur 10 %.
- Bei der Verfolgung strafrechtlicher Delikten gegen diese Instituten darf die Staatsanwaltschaft nicht direkt intervenieren; es müssen zunächst die Zustimmung des Ministeriums eingeholt werden, während für das übrige Bankwesen allgemeine Strafprozeßordnung ihre Gültigkeit hat.
- Ferner dürfen diese Institutionen Warenhandel bzw. Waren“spekulation“ betreiben, während es den Banken verboten ist. Sie hätten ja keine Kredite gewährt, aber von den Kunden benötigten Waren und Maschinen für sie gekauft, bzw. diesen Kauf finanziert, so heißt es.
- Auch für die Auflösung dieser Institute gelten besondere Bestimmungen als das übliche Bankwesen.

Die Privilegien von sog. „Sonderfinanzinstituten“ in der Türkei haben auch in der türkische Öffentlichkeit auf ein negatives Echo gestoßen. Daß auch das Kapital so religiös kaschiert wird, wurde auch bei den weiteren maßgeblichen Organe des Landes mit Unzufriedenheit aufgenommen. So hat am Anfang dieses Jahres der bekannte Verfassungsorgan, des sog. Nationalen Sicherheitsrats“, wo auch die Militär vertreten wird, einen beratenden Beschluß gefaßt, wonach auch diese Finanzinstituten nunmehr unter der allgemeinen Bankengesetzgebung unterzogen werden sollen.

4.5. Argentinien ist kein Vergleichsobjekt für die Türkei

So kraß der Unterschied ist allerdings doch wieder nicht, wenn man nur bestimmte Wirtschaftsdaten beider Länder vor Augen hält: So etwa der Export Argentinien 26,5 Mrd. US\$ und der Türkei 26,9 Mrd.US\$. Die Außenverschuldung Argentinien 132 Mrd. \$ und der Türkei 109 Mrd. \$. Etwas unterschiedlich allerdings das Prokopfeinkommen: Im Falle Argentinien war es 7.757 \$, während es für die Türkei nur noch 3.337 US\$. ist. Vor diesem Hintergrund neigen bestimmte Oppositionsparteien der Türkei gerne zu betonen, daß eine vollkommene Paralelität bezüglich der Wirtschaftsdaten zwischen der Türkei und Argentinien durchaus feststellbar wäre, wenn jedoch die mächtige finanzielle Unterstützung des IMF im Falle der Türkei aus dem Spiel herausgenommen worden wäre. Andererseits ist auch die Feststellung nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Wirtschaftskrisen die Tendenz haben, über die Grenze des betreffenden Landes hinaus zu schwanken.⁸ Im Falle Argentinien wurde ferner die Skepsis dem Zentralfigur „Currency Boards“ gegenüber – als Kontrollorgan

⁷ Stand: das Jahr 2000

⁸ Vgl. **Psotta**, Michael; Spanien ist von den Argentinien-Krise besonders betroffen, FAZ, 22.1.02

der Geldmengen – zum Ausdruck gebracht. Das „Currency Boards-System“ funktioniert schon auch in den baltischen Staaten Estland und Litauen sowie Bosnien- Herzegovina und in Hongkong. IMF schlug auch Bulgarien die Errichtung eines „Currency Boards-Systems“ – unter der Garantie zur Deckung der monäteren Basis benötigten Devisen - vor, als das Land 1997 eine Hyperinflation erlebte. Die Ursachen der schrecklichen Panne in Argentinien war nicht nur systembedingt. Das Land war vor allem nichts willens, seine Zentralbank vor der Einflußnahme der Korruption und dem Populismus abzuschirmen und eine seriöse Geldpolitik zu betreiben.⁹ Der argentinische Ex-Wirtschaftsminister Cavallo hat 1991 das sich unter chronischen Währungszерfall leidendes Land fest an eine stabile Leitwährung, d.h. an den US\$ anlehnen lassen. Demnach sollte das Land auf eigene Geldpolitik zu verzichten und die monätere Basis im Rahmen eines „Currency Boards-System“s vollständig mit Devisenreserven gedeckt werden. Dem Vorschlag schenkte damals nicht einmal auch IMF das Glauben.

Wenn nun der türkische Wirtschaftsminister Dervis sagte, daß Argentinien für die Türkei absolut kein Vergleichsobjekt darstellen kann, ist nicht ohne Grund.¹⁰ Die Türkei hat ihre auch vom dem IMF gestellten Hausaufgaben zu ernst genommen.¹¹ Durch das Parlament wurde das neue Zentralbankgesetz, das die Autonomie der Bank sicher stellt, und u. a. das Gesetz über die Privatisierung der Fernmeldegesellschaft Türk Telekom sowie die vielen noch ausstehenden Reformgesetze verabschiedet.¹² Auch die zutreffende Maßnahmen für den defizitären türkischen Staatsbanken und überhaupt für das türkische Bankwesen wurden hartnäckig vorangetrieben. Die Türkei gab außerdem am 22. Februar 2001 auf dem Höhepunkt der Finanzkrise der Lirakurs frei, wobei die türkische Währung binnen einiger Tage bis zu 60 Prozent ihres Außenwertes verlor.

Nach dem Balassa-Samuelson-Effekt weist Entwicklungs- und Schwellenländer mit fest angebundener Währung in der Regel eine höhere Inflationsrate als das (entwickelte) Land der Leitwährung auf. Das Lohnniveau im öffentlichen Dienst erhöht sich dann schneller als den produktiveren Exportproduktionen, was im Endergebnis zu einer Schwächung der internationalen Konkurrenzfähigkeit des Landes führt. Es hängt insbesondere von der Reformbereitschaft und der Finanzdisziplin der Regierungen ab, ob der Nachteil von den Vorteilen der Wechselkursstabilität kompensiert wird. Argentinien hat halt diesen Test ohne Zweifel nicht bestanden.¹³

Wie bekannt, bergen Regime fester Wechselkurse die Gefahr, Devisenspekulationen gegen schwache Währungen zu provozieren. Sie führen ferner dazu, die heimische Banken und Unternehmen an trügerische Sicherheit zu glauben und die Absicherung von Wechselkursrisiken zu vernachlässigen. Wenn aber danach unerwartet hohe Abwertungen der heimischen Währung vorkommt, machen dann die Rückzahlung drastischer Erhöhungen der in inländischer Währung lautenden Kreditbeträge unmöglich.¹⁴

⁹ Vgl. **Grüttner**, Anne; Argentinien's Problem ist die Korruption, HB, 2.01.02

¹⁰ **Elveren**, Muammer; Dalgali kur sayesinde Arjantin gibi olmadik, Hürriyet, 22.12.01; Vgl. **Karadag**, Gülsah; Türkiyeyi köylülük ve eğitimsizlik „kurtarıyor“, Cumhuriyet, Aralık 01.; **Satiroglu**, Hurrem, Arjantin ve Türkiye'de ekonomik göstergeler, Hürriyet, 21.12.01.

¹¹ „Die erfolgreiche Platzierung des Euro-Bonds...zeigt aber, daß die Märkte allmählich Vertrauen fassen. Die Türkei sei es in vergangenen Wochen gelungen, sich positiv von anderen Krisenländern wie Brasilien und Argentinien abzusetzen...“ (HB, Euro- Anleihe setzt positives Signal: Türkei braucht Milliardenkredite, 27.10.01.)

¹² **Höhler**, Gerd; Explodierende Preise und Arbeitsplatzverluste verschärfen die Krise, FR, 10.01.

¹³ Vgl. **T.K.**; Bulgarien im Sog der argentinischen Krise: Keine Ansteckung trotz gleicher Währungsordnung, NZZ, 22/23.12.01

¹⁴ Vgl.: **Kumcu**, Ercan; Ne varsa, kendi bastigin parada var, Hürriyet, 2.11.01

5. *Schlußbemerkungen*

Die Qualität des Bankenmanagements in einem Land, der Zentralbank, Regierung und Bankenaufsicht stellen wichtigste Faktoren und Bestimmungsgründen bei den Bankenkrisen dar. Die langfristig wichtigste Prävention von Bankenkrisen liegt deshalb in der Schaffung und Erhaltung von institutionellen Rahmenbedingungen. Sie sollen zwar den Banken genügend Spielraum belassen, aber gleichzeitig durch eine effiziente Bankenaufsicht und gut organisiertes System von Anreizen und Kontrollen dazu orientieren, von Risikoballungen abzuweichen, regelrechte Eigenkapital zu bilden und ausreichende Liquiditätsreserven vorzuhalten.

Wenn die Krise einmal ausgebrochen ist, sind die Optionen von Regierung, Zentralbank und Bankenaufsicht eng begrenzt. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger sind gezwungen, so bald wie möglich zu reagieren und die vom Konkurs bedrohte Banken unter die Verwaltung von öffentlichen Garantiefonds zu stellen. Auch im Falle der Türkei war eine der ersten Bedingungen des IMF, daß diese Instituten zunächst Zug um Zug unter der Verwaltung des staatlichen Garantiefonds angenommen und durch eine besondere Gesetzgebung rekapitalisiert werden. IMF verfolgt im Falle der Türkei den Grundsatz, daß die Sanierung des Bankensystems mit tiefgreifenden Reformen des Staatssektors Hand in Hand gehen muß. Auch nach Wünschen des Intellektuellen des Landes sollte sich damit endlich die Chance eröffnen, das politische System, dessen Verkrustung eine der Ursachen der jüngsten Finanzkrise ist, aufzubrechen.

Da die Entwicklungsländer durch einen höheren Grad gesamtwirtschaftlicher Instabilität gekennzeichnet sind und fragile Bankensysteme besitzen, sind die Bankenkrise in Entwicklungs- und Schwellenländern häufiger anzutreffen und verursachen beträchtlich höhere gesamtwirtschaftliche Kosten.

Bereinigungskosten systemischer Bankenkrisen sind in der Regel überproportional hoch. Viele Länder mit fragiblen Bankensystem können nicht in meisten Fällen ohne mächtige Unterstützung internationaler Finanzinstitute diese Kosten überwältigen, wie es bei der türkischen Bankenkrise 2001 der Fall war. Auch für Argentinien ist es ausgeschlossen, daß das Land allein dieses Problem bewältigen kann, wie es zur Zeit erlebt wird. Die Belastungen des Staatshaushaltes aus der Bewältigung von 24 Bankenkrisen im Durchschnitt 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachten, „jedoch 23 % in „Twin Crises“, also dann, wenn die die Bankenkrise mit einer Wechselkurskrise einherging. Dabei lagen die fiskalischen Nettokosten in Ländern mit Systemen ehemals fester Wechselkurse sogar bei durchschnittlich 27,5 % und bei Festkurssystemen in Schwellenländern bei exorbitant hohen 32 % des Bruttoinlandsprodukts.“ (*Schmidt, 257*). Im Rahmen des Stand-by-Abkommens mit dem IMF bekam Südkorea während der Bankenkrise im Jahre 1997 einen Kredit in Höhe von 21 Mrd. US\$ für die Sanierung des Bankensystems. Infolge der Bankenreform, mit der eigentlich erst im Jahre Mitte 1998 begonnen wurde, hat die Südkorea stattgegeben, daß zunächst 5 Banken in die Pleite gingen und insgesamt weitere 27 Finanzinstitute (darunter auch Finanzintermediär) aufgelöst. Die Gesamtkosten dieser Bankensanierung betrug damals für die Südkorea etwa 16 vH des Bruttosozialprodukts des Landes.

Im Falle der Türkei scheint zwar dieser Prozentsatz bei 25 % des Bruttoinlandsprodukts zu liegen. Wenn man jedoch Prokopfeinkommen-Daten vergleicht, hat sich zunächst das Bruttoinlandsprodukt in Folge dieser schwersten Wirtschaftskrise seit der Gründung der

Republik (1923) in der Türkei 76 Milliarden Dollar verringert (2000: 201 788 Mio.\$ und 2001 125 000 Mio \$) und somit auch das Prokopfeinkommen vom 2 948 Dollar auf 1 865 Dollar geschrumpft (Verringerungssatz in Höhe von 36,7%). Während der Wirtschaftskrise sind 125 000 Betriebe geschlossen und 1,5 Millionen, zum Teil sehr qualifiziert, neue weitere Arbeitslosen hinzugefügt.

Die bekannte amerikanische Wirtschaftszeitung The Wall Street Journal hat kürzlich (21.5. 2001) anlässlich einer Interview mit dem Zuständigen der Worldbank, Ajay Chhibber interpretiert, daß die Türkei etwa innerhalb von 18 Monaten aus dieser Krise heraus kommen kann. Es kommt allerdings im Endergebnis darauf an, ob die Politiker des Landes in Kauf nehmen werden, von den Staatsbanken ihre Hände endgültig wegzutun und zur Privatisierung der Staatsbanken, die immer noch 22%iger Anteil am türkischen Bankensystem innehaben, den Weg frei machen werden.

